

Landesbehindertenrat Hessen

	F	A
1	<p>Ausbau ambulanter Hilfsstrukturen und barrierefreier Wohnraum: Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode die Forderungen des Landesbehindertenrates unterstützen?</p>	<p>Menschen mit Behinderungen streben danach, die Gestaltung ihrer persönlichen Lebens- und Wohnverhältnisse in eigener Verantwortung zu übernehmen. Wir Freie Demokraten wollen dazu dringend eine flächendeckende Erweiterung der verfügbaren ambulanten Unterstützungsstrukturen umsetzen sowie eine geschlechtsspezifische Pflege nach den individuellen Präferenzen der Betroffenen und den Ausbau von barrierefreiem Wohnraum, der auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar ist.</p> <p>Zusätzlich betonen wir als Freie Demokraten die Bedeutung von Barrierefreiheit in der Infrastruktur und im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). In Hessen besteht nach wie vor ein erhebliches Problem in dieser Hinsicht, da nur etwa die Hälfte der Bahnhöfe (51 %) als barrierefrei betrachtet werden kann. Unsere Vision als Freie Demokraten ist es hingegen, alle Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten, damit Menschen ungehindert und ohne Einschränkungen mobil sein können.</p>
2	<p>Schulische Inklusion: Welche Maßnahmen wird ihre Partei diesbezüglich ergreifen?</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, dass die sog. Exklusionsquote in Hessen bis zum Jahr 2030 voraussichtlich weiter steigen wird, ist vor diesem Hintergrund nicht zufriedenstellend.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der allgemeinen Schule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderschulen sollen erhalten bleiben, wenn Kindern dort die bestmögliche Förderung zuteil wird. Die Öffnung von Förderschulen für Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ist zu prüfen. Um gute inklusive Bildung umsetzen zu können, braucht es mehr Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung. In Hessen gibt es hier verschiedene Strukturen, die miteinander verknüpft werden sollten, um Reibungsverluste zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen.</p> <p>Wir wollen die Kapazitäten der Beratungs- und Förderzentren erhöhen und hier möglichst alle Schulformen und Bildungsgänge einbinden. Den Wissenstransfer zwischen den beteiligten Institutionen wie etwa Schulen, Beratungs- und Förderzentren, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen wollen wir weiter stärken.</p> <p>Fast 60 % der Jugendlichen ohne Abschluss haben zuvor eine Förderschule besucht. Anschlussmöglichkeiten müssen gerade auch für</p>

	F	A
		<p>diese Jugendlichen sichergestellt werden. Dafür wollen wir unter anderem auch in den Bildungsgängen der beruflichen Schulen die sonderpädagogische Förderung verbessern. Darüber hinaus gilt: Keine gute inklusive Bildung ohne ausreichend Lehrkräfte. Über 10.000 Lehrkräfte, die an hessischen Schulen arbeiten, sind nicht voll ausgebildet. Gerade auch im Bereich Lehramt für Förderpädagogik müssen ausreichend Lehrkräfte ausgebildet und auch Lehrkräfte anderer Lehrämter fort- und weitergebildet werden. Dass im Lehrkräftebildungsgesetz Inklusion als Querschnittsthema hinterlegt ist, ist ein sinnvoller erster Schritt, der jedoch mit Leben gefüllt werden muss.</p> <p>Viele Schulen haben einen enormen Sanierungsbedarf. Vor diesem Hintergrund sehen wir es kritisch, dass das versprochene KIP-III-Programm in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen wird. Wir wollen die Schulträger weiterhin bei der Sanierung der Schulgebäude unterstützen. So kann auch der Barrierefreiheit besser Rechnung getragen werden.</p>
3	<p>Behinderte Frauen: Welche Maßnahmen wird ihre Partei diesbezüglich ergreifen?</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt hinter der UN-Behindertenrechtskonvention als einem grundlegenden Menschenrecht. Unser Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen in der Lage sind, ihr Leben selbstbestimmt und ohne Bevormundung zu gestalten, und dass sie uneingeschränkte Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in allen Lebensbereichen haben.</p> <p>Wir erkennen an, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung oft mit besonders herausfordernden Lebenssituationen konfrontiert sind, die sich deutlich von denen der Männer mit Behinderung oder der Frauen ohne Behinderung unterscheiden. Frauen mit Behinderung erleben häufig Mehrfachdiskriminierungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere als Opfer von sexueller Gewalt.</p> <p>Wir setzen uns nachdrücklich für eine Verbesserung der Inklusion von Frauen und Mädchen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ein. Dies beginnt bereits in den Kindertagesstätten und setzt sich in Schulen fort, die zunehmend Kinder mit Behinderung in den regulären Unterricht integrieren. Wir sind uns jedoch bewusst, dass die vollständige Umsetzung der Inklusion Zeit und Ressourcen erfordert, insbesondere im Hinblick auf den Mangel an qualifiziertem Personal. Daher ist es entscheidend, die Inklusion schrittweise umzusetzen und sicherzustellen, dass sowohl die Kinder mit Behinderung als auch die Lehrkräfte angemessen unterstützt werden.</p> <p>Wir werden unsere Zusammenarbeit mit dem Hessischen Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung und dem Hessischen Netzwerk für Frauen mit Behinderung fortsetzen und</p>

	F	A
		<p>unterstützen. Die Unterstützungsmöglichkeiten für Mütter mit Behinderung, sei es in Form von Elternassistenz oder speziellen Hilfsmitteln, sind vorhanden und rechtlich abgesichert. Dennoch gibt es oft Schwierigkeiten in Bezug auf die Zuständigkeiten der Leistungsträger. Wir sind zuversichtlich, dass diese Schwierigkeiten durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Hessen, einschließlich der "Hilfe aus einer Hand", behoben werden können.</p> <p>Wir werden unsere Bemühungen zur Schaffung von barrierefreien Unterstützungs- und Beratungsangeboten sowie zur Bekämpfung jeglicher Gewalt gegen Frauen mit Behinderung fortsetzen. Wir werden die bestehende Zusammenarbeit mit den Organisationen, die sich für Frauen mit Behinderungen einsetzen, weiter ausbauen und unterstützen. Darüber hinaus stehen wir immer bereit, im Dialog mit den Betroffenen und den sie unterstützenden Organisationen weitere Möglichkeiten zur Verbesserung der schwierigen Lebensbedingungen zu erörtern.</p> <p>Das Bundesteilhabegesetz regelt auch Assistenzleistungen zur Sicherung der sozialen Teilhabe. In Kapitel 13, "Soziale Teilhabe", § 78 (3), wird klargestellt, dass diese Leistungen auch Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder umfassen. Dies entspricht unserer Absicht, ein zeitgemäßes und individuelles Leistungsrecht zu etablieren, das sich an den individuellen Bedürfnissen jedes Einzelnen orientiert. Es ist wichtig zu betonen, dass dieses Gesetz die Elternassistenz einschließt, da es um die Unterstützung bei der Betreuung und Versorgung von Kindern geht. Auf diese Weise haben Mütter und Väter mit Behinderungen einen klaren Anspruch auf die erforderlichen Leistungen.</p>
4	<p>Amb. med. Versorgung von behinderten Menschen: Welche Maßnahmen zur langfristigen Verbesserung wird ihre Partei diesbezüglich ergreifen?</p>	<p>(Bezug zu Frage 3) Das Bundesteilhabegesetz regelt auch Assistenzleistungen, um die soziale Teilhabe sicherzustellen. In Kapitel 13, "Soziale Teilhabe", § 78 (3), steht: "Die Leistungen für Assistenz gemäß Absatz 1 umfassen auch Unterstützung für Mütter und Väter mit Behinderungen bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder." Dies spiegelt die Absicht des Gesetzes wider, ein modernes, personenzentriertes Leistungsrecht zu etablieren, bei dem die Leistungen auf die individuellen Bedürfnisse jeder Person zugeschnitten sind. Das schließt die Unterstützung für Eltern mit Behinderungen ein, um sie bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen. Somit haben Mütter und Väter mit Behinderungen einen klaren Anspruch auf entsprechende Unterstützungsleistungen.</p>
5	<p>Behinderte Menschen am AM: Welche Maßnahmen wird ihre Partei diesbezüglich ergreifen?</p>	<p>Eine inklusive Arbeitsplatzgestaltung gilt dabei als eine essenzielle Grundlage, die von Anfang an berücksichtigt und rechtzeitig umgesetzt werden muss, um potenzielle Einstellungen nicht zu gefährden.</p>

	F	A
		<p>Das Bundesteilhabegesetz eröffnet neue Perspektiven für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Jenseits der Werkstätten für behinderte Menschen wurde eine zweite Option geschaffen, die als "Andere Leistungsanbieter" bekannt ist und die gleichen fachlichen Anforderungen wie die Behinderten-Werkstätten erfüllen muss. Eine weitere dritte Möglichkeit ist das "Budget für Arbeit". Mit diesem Budget wird der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt auch für Menschen mit Behinderungen ermöglicht, die einen besonders hohen Bedarf an Unterstützung und Förderung haben.</p> <p>Das "Budget für Arbeit" beinhaltet einen dauerhaften Lohnkostenzuschuss für Arbeitgeber, die bereit sind, Menschen mit voller Erwerbsminderung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bieten, die tariflich oder ortsüblich entlohnt wird und mindestens den Mindestlohn erreicht. Es beinhaltet auch die Möglichkeit einer langfristigen persönlichen Unterstützung, um die Ausübung dieser Tätigkeit zu ermöglichen, einschließlich Arbeitsassistenten.</p> <p>Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass es sinnvoll ist, die Wirkung dieser beiden zusätzlichen Möglichkeiten für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben abzuwarten und eine daran angeschlossene Wirksamkeitsprüfung vorzunehmen.</p>
6	<p>Lebenslanges Lernen: Durch welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur Erhöhung der Zugänglichkeit des Bildungsangebotes für behinderte Menschen beitragen?</p>	<p>Das lebenslange Lernen stellt einen bedeutenden Aspekt dar, der jedoch häufig durch Barrierefreiheitshindernisse in Bildungseinrichtungen beeinträchtigt wird. Insbesondere fehlen oft Kommunikationshilfen wie Gebärdensprachdolmetscher, Schriftdolmetscher sowie Assistenz für Menschen mit Sehbehinderungen, Blindheit oder kognitiven Einschränkungen.</p> <p>Die Verankerung von Barrierefreiheit im Bildungsbereich wurde durch das Behindertengleichstellungsgesetz (HessBGG) vorangetrieben und verlangt, dass Bildungseinrichtungen barrierefrei gestaltet werden. Allerdings variiert die Umsetzung dieser Vorgaben von Einrichtung zu Einrichtung. Die komplexe Natur der Inklusionspolitik erfordert einen politischen Ansatz wie einen Aktionsplan, um sicherzustellen, dass die notwendigen Ressourcen eingesetzt werden und eine umfassende Umsetzung erfolgt. Bedauerlicherweise findet dieser Aspekt im aktuellen Aktionsplan 2023 der Landesregierung für Menschen mit Behinderung keine Erwähnung. Dies könnte jedoch als Anstoß genutzt werden, um die Einhaltung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu fördern und voranzutreiben. Es wäre hilfreich, wenn Monitoringstellen in diesen Prozess einbezogen würden. In enger Abstimmung mit den Bundesbehörden könnten umfassende</p>

	F	A
		<p>Maßnahmenpakete beschlossen werden, die das Land dabei unterstützen, die Barrierefreiheit im Bildungsbereich umzusetzen. Diese Maßnahme könnte die Anstrengungen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit von Bildungseinrichtungen für alle Menschen unterstützen, unabhängig von ihren individuellen Beeinträchtigungen.</p>
7	<p>Wie unterstützt Ihre Partei die adäquate Umsetzung des BTHG?</p>	<p>Um eine verbesserte Umsetzung der Gesetzeslage zugunsten von Menschen mit Behinderung zu erreichen, bedarf es einer präzisen Konkretisierung der Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit der Gesetzeslage. So sind laut der Umsetzungsbegleitung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), Begrifflichkeiten offen und nicht weiter definiert, wodurch ein größerer Spielraum in der Umsetzung führen und die beschriebene Problematik begründet. Es findet darüber hinaus keine fachliche Debatte statt, sodass wir Freie Demokraten für eine eindeutige Auslegung der bestehenden Gesetzeslage des BTHG klare Richtlinien und Handlungsanweisungen vorschlagen und diese in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren entwickeln wollen. Darüber hinaus wollen wir eine enge Zusammenarbeit mit Monitoringstellen umsetzen, um eine regelmäßige Bewertung der Umsetzung durch unabhängige Experten zu ermöglichen. Das fördert Transparenz, eine objektive Bewertung und die Identifizierung von Verbesserungspotenzial. Damit soll eine zielgerichtete Umsetzung zugunsten von Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Notwendigkeit zur Klage aufgrund restriktiver Verfahren vermieden werden.</p>
8	<p>Vertretung Rundfunkrat: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Landesbehindertenrat im Rundfunkrat vertreten ist?</p>	<p>Die Freien Demokraten setzen sich für eine gesellschaftlich ausgewogene Zusammensetzung des Rundfunkrates ein. Dabei ist zu beachten, dass gemäß §5 des HR Gesetzes der Rundfunkrat die Allgemeinheit vertritt und dessen Mitglieder nicht Vertreter einer Partei, einer Konfession, eines Standes oder einer Organisation sind und sie an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind. Die FDP sieht eine weitere Aufstockung der Mitgliederzahl im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks kritisch.</p>
9	<p>Persönliches Budget: Wie unterstützen Sie als Partei eine angemessene Finanzierung und praktische Umsetzung des Persönlichen Budgets?</p>	<p>Es ist von großer Bedeutung, bürokratische Hürden bei der Antragsstellung abzubauen, um den Zugang zu finanziellen Hilfen zu erleichtern. Oftmals können solche bürokratischen Barrieren dazu führen, dass berechnete Antragsteller Schwierigkeiten haben, die notwendige Unterstützung zu erhalten. Daher sollte der Fokus darauf liegen, diesen Prozess so zugänglich und unkompliziert wie möglich zu gestalten. In Situationen, in denen die gewährten finanziellen Hilfen nicht ausreichen, sollte eine eingehende Prüfung erfolgen, um festzustellen, ob eine angemessene Erhöhung möglich ist. Die Bedürfnisse der Betroffenen sollten dabei im</p>

	F	A
		<p>Vordergrund stehen, und es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung den tatsächlichen Bedarf deckt. Dies ist von großer Wichtigkeit, um sicherzustellen, dass Menschen in schwierigen Situationen die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre Lebensgrundlage zu sichern.</p>
10	<p>Gewaltschutz in stat. Einrichtungen: Was wird ihre Partei machen, um den Gewaltstrukturen entgegen zu wirken?</p>	<p>Die Notwendigkeit, sensibel auf geschlechtsspezifische Unterschiede einzugehen, ist in der Pflege unbestreitbar. Besonders in intimen und sensiblen Situationen ist dies von großer Bedeutung. Die Umsetzung geschlechtsspezifischer Pflege sollte daher Rücksicht auf diese Faktoren nehmen, um einen respektvollen Umgang und den Schutz der Betroffenen zu gewährleisten. Die Integration einer geschlechtsspezifischen Pflege stellt einen bedeutenden Schritt zur Prävention von sexueller Gewalt dar. Es erweist sich als äußerst wichtig, diese Maßnahme fest im Gesetz zu verankern, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen.</p>
11	<p>Gewaltschutz in amb. Einrichtungen: Wie unterstützt ihre Partei diese Forderungen?</p>	<p>Die digitale Kommunikation bietet Menschen mit Behinderungen ein besonderes Potenzial, um räumliche Distanzen zu überbrücken. Allerdings streben wir nicht lediglich eine Ausstattung mit Endgeräten an, da dies das Problem nicht nachhaltig lösen würde. Wir erkennen, dass eine reine Bereitstellung von Endgeräten allein nicht ausreicht, da auch die Wartung und optimale Nutzung sichergestellt sein müssen. Das Problem betrifft insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen, und wir suchen gezielte Lösungen, die sowohl Menschen mit Behinderungen als auch allgemeine Strukturen berücksichtigen. Vorhandene Einrichtungen wie örtliche Büchereien könnten zur Verfügung stehende Endgeräte zur Nutzung Menschen mit niedrigem Einkommen gewähren. Ähnliche Strukturen gilt es an der Stelle zu identifizieren und zu nutzen.</p> <p>Wir setzen uns zudem für eine barrierefreie Nutzung digitaler Angebote und Anwendungen ein, insbesondere auf Landesebene. Wir Freie Demokraten wollen Hessen zum Vorreiter für digitale Barrierefreiheit machen und dafür eine umfassende digitale Inklusion fördern.</p>
12	<p>Digitale Kommunikation: Wie unterstützt ihre Partei diese Forderungen?</p>	<p>Die digitale Kommunikation bietet Menschen mit Behinderungen ein besonderes Potenzial, um räumliche Distanzen zu überbrücken. Allerdings streben wir nicht lediglich eine Ausstattung mit Endgeräten an, da dies das Problem nicht nachhaltig lösen würde. Wir erkennen, dass eine reine Bereitstellung von Endgeräten allein nicht ausreicht, da auch die Wartung und optimale Nutzung sichergestellt sein müssen. Das Problem betrifft insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen, und wir suchen gezielte Lösungen, die sowohl Menschen mit Behinderungen als auch allgemeine Strukturen berücksichtigen. Vorhandene Einrichtungen wie örtliche Büchereien könnten zur Verfügung stehende Endgeräte zur Nutzung Menschen mit niedrigem Einkommen gewähren. Ähnliche Strukturen gilt es an der Stelle zu identifizieren und zu nutzen.</p> <p>Wir setzen uns zudem für eine barrierefreie Nutzung digitaler Angebote und Anwendungen ein, insbesondere auf Landesebene. Wir Freie Demokraten wollen Hessen zum Vorreiter für digitale Barrierefreiheit machen und dafür eine umfassende digitale Inklusion fördern.</p>
13	<p>Durch welche Maßnahmen wird ihre Partei die Situation für psychische Kranke verbessern?</p>	<p>Wir Freie Demokraten erkennen die Dringlichkeit umfassender Verbesserungen an, die durch die Landesregierung bislang nicht ausreichend Aufmerksamkeit erfahren haben. Unser Ziel ist es, eine ganzheitliche Verbesserung der vorhandenen Strukturen zu erreichen. Besonders die Einführung von Krisendiensten steht dabei im Fokus. Aus diesem Grund haben wir bereits im Juli einen Antrag eingebracht, um Krisendienste in Hessen zu etablieren und die dringend benötigten Verbesserungen voranzutreiben.</p> <p>Darüber hinaus gilt es, sich gezielt auf Nachsorgestrukturen zu konzentrieren und diese auszubauen, um sicherzustellen, dass Menschen, die eventuell durch einen langen stationären</p>

F	A
	<p>Aufenthalt Wohnung und Arbeitsplatz verloren haben, eine angemessene Unterstützung erhalten. Dies könnte die Bereitstellung von spezialisierten Programmen zur Wiedereingliederung, Hilfe bei der Wohnungssuche und beruflichen Rehabilitation umfassen. Eine ganzheitliche Herangehensweise, die sowohl therapeutische als auch soziale Aspekte berücksichtigt, ist entscheidend, um das Problem nicht zu verschärfen und die Chronifizierung zu verhindern.</p> <p>Sowohl am Anfang und am Ende der Hilfsstrukturen können Therapieplätze stehen: Ein Ausbau dessen kann abmildern. Durch die derzeitige Unterversorgung lässt sich beobachten, dass durch ihren Mangel Probleme verstetigt und chronifiziert werden. Das führt ebenfalls zu Akutsituationen, die durch Krisendienste aufgefangen werden müssen. Dahingehend gilt es, ausreichende Therapieplätze zu gewähren, sowohl ambulant als auch stationär. Das ist von großer Bedeutung, um eine kontinuierliche und umfassende Behandlung sicherzustellen. Es trägt dazu bei, Rückfällen vorzubeugen und den langfristigen Genesungsprozess zu unterstützen. Somit sollte die Erweiterung der Therapieplätze und eine gezielte Nachsorge nach stationären Aufenthalten als prioritäre Maßnahmen in die Verbesserung der Hilfsstrukturen für psychisch-erkrankte Menschen einfließen.</p> <p>Weitergehend wollen wir dazu folgende Maßnahmen einsetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erweiterung der Bettenkapazitäten: Eine Erhöhung der verfügbaren Betten in psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen zur stationären Versorgung ist notwendig, um Engpässe zu vermeiden und eine angemessene Versorgung zu gewährleisten. 2. Verlängerte Öffnungszeiten von Beratungsstellen: Beratungsstellen sollten ihre Öffnungszeiten ausweiten, um auch nach regulären Arbeitszeiten erreichbar zu sein und somit die Beratung und Unterstützung zu verbessern. 3. Ausbau von ambulanten Angeboten: Ambulante Angebote wie therapeutische Betreuung und ambulante Krisenintervention sollten ausgebaut werden, um eine umfassende Versorgung im eigenen Umfeld zu ermöglichen. 4. Förderung von Präventionsmaßnahmen: Die Förderung von Präventionsprogrammen und Aufklärungsinitiativen kann dazu beitragen, psychische Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. 5. Stärkung der Vernetzung: Eine verbesserte Vernetzung zwischen verschiedenen Einrichtungen und

	F	A
		<p>Fachkräften im Gesundheitswesen sowie zwischen psychosozialen Diensten und anderen Akteuren ist wichtig, um eine nahtlose Versorgung sicherzustellen.</p>